



P.B. Nr 45

wli

London, 13. Oktober 1976

KF/da

EPD	13. Okt. 1976			
Ref. p. A. 21.31.	London			

Grossbritannien in der Krise

Zusammenfassung

Prekäre Situation im Parlament (keine absolute Mehrheit), Machtfülle der Gewerkschaften (strapazierter Sozialvertrag), Abhängigkeit vom Ausland (Export, Kredit, fremde Sterling-Guthaben) und inneres Zerwürfnis der Labour-Partei (Jahrestagung in Blackpool) reduzieren die Handlungsfähigkeit der Regierung Callaghan.

Krisenelemente sind weniger in den Aussenbeziehungen vorhanden (Rhodesien, NATO, PZ in EG), es sei denn, sie entstehen aus der Innenpolitik (EG: Fischerei, grünes Pfund). Die Probleme konzentrieren sich tatsächlich vielmehr auf die Innenpolitik (Rassenpolitik, Devolution, Nordirland, Erziehungs- und Gesundheitswesen) und da vor allem auf Wirtschaft und Währung. Der jüngste Krisen-Diskontsatz der Bank von England ist dabei bloss aktuelle Spitze einer alten Problematik; diese bedeutet für die einen Arbeitslosigkeit, Inflation und sinkender Lebensstandard, für die anderen die Grenzen des Wohlfahrtsstaates, öffentliche Ausgaben auf Kosten von Investitionen und Bittgang zum IMF.

Es fehlt nicht an Sanierungsvorschlägen, aber an Führungskraft und allgemeiner Zustimmung. Regierung und Opposition appellieren an die ganze Nation, streben aber danach, an der Macht zu bleiben oder dorthin zu kommen. Das konservative Programm bildet wegen des Verhältnisses Tory/Gewerkschaften bis auf weiteres noch keine Alternative, wenn es um dessen Verwirklichung geht. Frühzeitige Neuwahlen und Koalition kommen nur für extremste Situation in Frage. Die Regierung will, wenn immer möglich, überleben, um das Jahr 1980 an der Macht zu erreichen, in das so viel britische Hoffnung investiert wird (Erdöl).



AMBASSADE DE SUISSE
EN GRANDE-BRETAGNE

~~LONDON, W1H 3PG,~~ LONDON, W1H 2BQ,
~~77 St. Gloucester Place,~~ 16-18, Montagu Place,
~~Tel.: 723-0701/06~~ Tel.: 723-0701/06

Ref.: KF/da

den 13. Oktober 1976

P.B. Nr 45

Grossbritannien in der Krise

Auch für Handelsabteilung, EVD,
und Integrationsbüro, EPD/EVD

Seit Jahren haben sich in- und ausländische Beobachter daran gewöhnt, Grossbritanniens Krise zu kommentieren. Längst hat man sich in eine Art von Terminologie der Misere eingeübt, um den desolaten Zustand in stets neuen Variationen zu begreifen. Historische Erinnerungen an Battle of Britain und an Churchills Blood, toil, tears and sweat werden beschworen, dies in der Hoffnung, der kommenden Stunde höchster Gefahr erwachse auch Rettung. Hat diese Stunde geschlagen und wo wäre Rettung?

Aussenpolitik steht dabei kaum zur Diskussion. Rhodesien ist der letzte Liquidationsposten britischer Weltmacht in ihrer Endphase, die spätestens 1956 begann und die längst abgeschlossen wäre, hätten es andere Umstände so gewollt. Ironie will es, dass Amerika, das damals in Suez die Richtung bestimmte, nun auch das letzte Wegstück ebnen muss. Einzelne Briten mit Erinnerungen oder Familienbanden nehmen teil, die Nation bleibt apathisch. Auch die Alternative zu früherer Weltgeltung, die Hinwendung zu Europa, durch Referendum zugunsten der EG erhärtet, erschöpft sich in pragmatischer Tagesarbeit auf der Suche nach kleinem und kleinstem gemeinsamem Nenner: Fischerei und grünes Pfund sowie politische Zusammenarbeit von meist deklamatorischem Charakter kommen heute vor

grand design. Die Vereinigten Staaten gewährleisten Sicherheit im Rahmen der NATO; darauf verlassen sich namentlich jene, die zur Befolgung ihrer innenpolitischen Ziele immer wieder Kürzungen der Militärausgaben befürworten und vielfach auch durchsetzen. Die Zukunft kann warten; engbrüstige Innenpolitik braucht Atempause nach Atempause.

Die Innenpolitik beherrschen tatsächlich Probleme, deren Lösung weder Regierung noch Land allein zu finden imstande scheinen. Nicht nur ist seinerzeit die Labour-Partei mit der geringsten Mehrheit seit Einführung des allgemeinen Wahlrechts an die Macht gekommen; der Premierminister verfügt heute im Parlament auch nicht mehr über die absolute Mehrheit (Es sind zurzeit vier Nachwahlen hängig). Die Konservativen werden sich nach ihrem jüngsten Parteitag kaum noch je bereitfinden können, mit ihren Stimmen zu einer arbeitsfähigen Mehrheit beizutragen, dies vielleicht abgesehen von bestimmten Ausnahmen wie etwa im Fall der Direktwahlen ins Europäische Parlament. Die Regierung wird somit in der Regel auf die Unterstützung von Liberalen und übrigen Parteien zählen müssen, solange diese ihr Heil nicht in Neuwahlen sehen; es sei denn, Callaghan komme ihnen hierin vor Ablauf der Legislaturperiode ohnehin zuvor. Er wird dabei allerdings in erster Linie das Verhalten seiner eigenen Partei mit ihrem gefährdeten Zusammenhalt, der sich an der Jahrestagung in Blackpool erneut offenbarte, in Rechnung ziehen müssen.

Hinzu kommt ausserhalb des Parlaments das Verhalten der Gewerkschaften. Wie lange werden sie beim Abwägen von Vor- und Nachteilen noch Kompromissen dem Sturz der Regierung den Vorzug geben? Dabei stellt sich der Regierung die Gegenfrage, ob sie eher den Sozialvertrag weiter strapazieren lassen will (neue Nationalisierungsprojekte; Lohnvereinbarung mit den Seeleuten mit präjudizieller Wirkung) als jene Massnahmen

zur Sanierung von Wirtschaft und Währung zu ergreifen, welche im Ausland, dem für Export und Kredit sowie wegen der fremden Sterling-Guthaben so wichtige Bedeutung zukommt, nicht bloss vorübergehende Zuversicht, sondern beständiges Vertrauen wecken würden. Gefährdete Stellung im Parlament, Machtfülle der Gewerkschaften und Abhängigkeit vom Ausland sind gewissermassen ein magisches Dreieck von stark verminderter Freiheit: Wird es der Regierung Callaghan gelingen, diesen Bann zu brechen?

Die Grösse der Aufgaben erscheint vielfach entmutigend, und ihre Lösungen erleichtern sich nicht dadurch, dass sie des öfters in ihrer Dringlichkeit behelfsmässig wenigstens zeitweilig entschärft werden. Die Probleme, welche etwa die farbigen Eingewanderten britischer Nationalität der Gemeinschaft stellen, drohen Ausmasse anzunehmen, die einen konservativen Politiker mit Recht haben sagen lassen, es entstehe die Gefahr der Bildung von zwei Nationen. Zwar pflichtet niemand in Regierung und Unterhaus Enoch Powell bei, der sich dieser Erbschaft aus den Zeiten des Empires mit dem ihm eigenen Radikalismus annimmt; aber Emotionen und Verhaltensweisen weiter Bevölkerungskreise dürften von der offiziellen Politik zum Teil wesentlich abweichen.

Grossbritanniens Zusammenhalt steht auch in ernsthafter Prüfung wegen der Bestrebungen nach Autonomie, ja Unabhängigkeit in Schottland und Wales. Die schottischen und walisischen Nationalisten, noch 1970 mit bloss drei, bzw. mit keinem Abgeordneten im Unterhaus vertreten, zählen dort heute deren elf, bzw. drei. Die darüber stark zerstrittenen Parteien von Regierung und Opposition werden in der kommenden Session die sich stellenden verfassungsrechtlichen Fragen für die Bildung lokaler Parlamente und die Festlegung ihrer Kompetenzen nicht ohne grössere Mühe, wenn überhaupt, zu bereinigen vermögen.

Ein besonderer, wenn auch nicht weniger schwieriger Fall stellt in diesem Zusammenhang Nordirland dar; mangels Erfolg von manchen Lösungsversuchen, die über Jahrzehnte unternommen wurden, scheint sich die gegenwärtige Regierung fürs nächste darauf beschränken zu müssen, eher den Status quo zu befrieden versuchen als neue Initiativen lancieren zu wollen.

Offene Fragen grundsätzlicher Natur, welche an Prinzipien des Wohlfahrtsstaates rühren, entzweien die Parteien auch im Erziehungs- und Gesundheitswesen. Es geht dabei nicht nur um lang gehegte, zum Teil überalterte Traditionen einer hier - namentlich im Erziehungswesen - noch ausgeprägten Klassengesellschaft, sondern ebenso sehr um individuelle Freiheit und überlastete öffentliche Finanzen.

Und gerade auf letzterem Gebiet, im öffentlichen Haushalt und damit auch in den Bereichen von Wirtschaft und Währung hat die britische Krankheit in einer zu langen Krise erneut ein akutes Stadium erreicht. Der jüngste "historische Krisen-Diskontsatz" der Bank von England ist gleichsam nur die aktuelle Spitze einer alten Problematik, die von ebenso umfassender wie schwerwiegender Bedeutung für den Staat und für sein Verhältnis zum Ausland ist.

Eine hiesige Tageszeitung hat neuliche monetäre "vicious circles" dargestellt, die sich auf dem Währungssektor zu drehen beginnen; so etwa wenn der Pfundkurs fällt, was die Händler zu Sicherungsmassnahmen zwingt, die wiederum die Bankdarlehen vermehren, was die Geldmenge wachsen lässt, weshalb schliesslich erneut der Pfundkurs geschwächt wird. Healeys jüngste massive Erhöhung des Basiszinses auf 15 Prozent soll die schwindelerregende monetäre Drehbewegung nach unten zum Stillstand bringen.

Dieser Währungszerfall bedeutet indessen für die einen Arbeitslosigkeit, Inflation und sinkender Lebensstandard, für andere die Grenzen des Wohlfahrtsstaates, öffentliche Ausgaben

auf Kosten von Investitionen und Bittgang zum IMF. Dabei streiten sich Monetaristen und Befürworter einer Einkommenspolitik um die Lösung der Quadratur des Zirkels. Im Grunde leben die Nachfahren des vergangenen Empires über ihre Verhältnisse; sie gebärden sich - und für einmal gehören selbst die Arbeitnehmer mit ihren legendären Teepausen dazu - wie desorientierte Herren in einem zu gross gewordenen Palast, die ihre Dienerschaft verloren haben.

Es fällt bei alledem auf, wie lange es braucht, bis sich die Briten mit Tatsachen versöhnen. Sehr spät wurden sie schon 1956 in Suez der "winds of change" gewahr; und zu lange sperrten sie sich 1967 - um noch dieses Beispiel zu erwähnen - gegen die damalige Abwertung, die das künftige Los des Sterlings als internationale Reservewährung bestimmte. Diese Langsamkeit, die sich mehr und mehr in künstlicher Gelassenheit tarnt, zählt heute noch auf die Nachsicht des Auslands (Erklärungen von Präsident Ford und Bundeskanzler Schmidt). Aber wenn England heute am Ende seines jetzigen Weges angelangt ist, wie der ehemalige Premier Heath am vergangenen Parteitag in Brighton mahnte, so stellt sich jetzt die Frage nach dem künftigen Weg, den England mit vermehrter eigener Kraft zu gehen im Stande wäre.

Es fehlt nicht an entsprechenden Vorschlägen, aber an genügender Führungskraft und Zustimmung. Führer von Regierung und Opposition appellieren an die ganze Nation, aber die eine Partei hält trotz innerem Zerwürfnis zusammen, weil sie an der Macht bleiben will, und die andere hat soeben ihre Einheit wieder gefunden, weil sie dahin kommen will. Kommentatoren entdecken Gemeinsamkeiten in Callaghans und Heaths Reden, aber ersterer sieht zur Labourregierung keine Alternative als Aufruhr und Diktatur von rechts oder links, und letzterer scheint sich trotz formeller Versöhnung mit Frau Thatcher in Partei und Schattenkabinett nicht über Gebühr engagieren zu wollen.

So klug und angemessen das Tory-Programm heute vielen vorkommen mag, so scheint doch die Opposition nach wie vor keine Alternative zu bilden, wenn es darum geht, es auch zu verwirklichen. Trotz persönlicher und programmatischer Annäherungsversuche bleiben Konservative und Gewerkschaften auf kühler Distanz. Ihre Auseinandersetzung unter Heath hat ein Trauma hinterlassen, das trotz Führungswechsel und Umdenken unterschwellig fast unvermindert weiterzuwirken scheint. "Im Winter 1973/74 hatten wir", wie neulich ein hoher Beamter meinte, "unser innenpolitisches Suez".

Eine Koalition dürfte nur unter bestimmten Zwangsverhältnissen mehr als ein - heute häufiges - Diskussionsthema sein. Man wird wohl die nächsten Wahlen abwarten müssen, deren Ausgang - sollte sich eine Patt-Situation in andauernder Wirtschaftskrise ergeben - frühestens dann diese Möglichkeit den Parteien erneut eröffnen dürfte. Nicht nur unangenehme historische Erfahrungen lassen die Verantwortlichen zögern, sondern auch die Forderung der Liberalen, die als Koalitionspartner in Frage kämen, ein solches Zusammengehen mit einer Wahlrechtsreform zu verknüpfen.

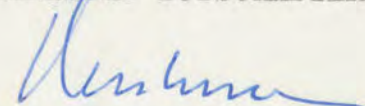
Ausser um Führerpersönlichkeiten und um innenpolitische Taktiken und Institutionen geht es indessen ebenso sehr um den nationalen Konsensus im traditionellen britischen Sinne des Wortes, um einen Konsensus, in welchem Regierung und Opposition, Parteien und Sozialpartner sich bis auf weiteres einig wären über die grundsätzlichen Zielvorstellungen, wie sich dies im Laufe von Grossbritanniens Geschichte immer wieder neu als notwendig erwiesen hat. Die Grenzen des Wohlfahrtsstaates - wie die gegenwärtige Auseinandersetzung um Kürzungen der öffentlichen Ausgaben zeigt - sowie die Annäherung an Europa - wie der Parteitag der Labour Partei offenbarte - sind keine solchen Zielvorstellungen, über die heute zwischen den massgebenden Interessengruppen Einvernehmen bestünde, um die Weite jener Grenzen und den Grad dieser Annäherung zu bestimmen.

- 7 -

So bleiben denn unsere Eingangsfragen bis auf weiteres unbeantwortet. Die jüngste Abstimmung im Unterhaus hat trotz heftigstem Angriff der Opposition bestätigt, dass die ernste Stunde noch nicht geschlagen hat; die working majority hat fürs nächste Bestand. Programm und Massnahmen der Regierung zählen auf weitere Opfer der Bevölkerung auf Kosten ihres Lebensstandards sowie auf das Darlehen des IMF für das Vertrauen des Auslands. Neuwahlen mit mehr als ungewissem Ausgang bilden noch keine Versuchung. Ein Sieg der Opposition würde es der Konservativen Partei gegebenenfalls erlauben, 1980 an der Macht zu erleben, ein Jahr, in dem das Nordseeöl aus dem Vollen zu fliessen beginnen soll und in das so viel britische Hoffnung investiert wird. Die Regierung Callaghan nimmt den Versuch auf sich, die Durststrecke bis dahin, wenn immer möglich, selbst zu überwinden.

So bleiben es denn gute Zeiten für Kritiker, aber schlechte Zeiten für Reformen. Durchgreifende Änderungen von Programmen und Formen des Regierens bleiben extremsten Situationen vorbehalten. So hat etwa Harold Wilson dieser Tage erklärt, nur Krieg bringe Koalition. Vielleicht sollte sich Grossbritannien in seiner derzeitigen Lage an Gustav Heinemanns Wort erinnern, nicht der Krieg, sondern der Frieden sei heute der Ernstfall.

DER SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFTER


(E. Thalmann)